

Pulsnitzer Tageblatt

Verantwortlicher Redakteur: L. A. Schmalz
Postfachkonto Dresden 2138. Girokonto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bankkonten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privatbank, Zweigstelle Pulsnitz

Erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Beilage (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0,20. Amtliche Zeile RM 0,75 und RM 0,60. Reklame RM 0,80. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelant der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großnaundorf, Bretnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Tschendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 14

Dienstag, den 17. Januar 1928

80. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Stadtverordneten-Kollegium

Hiermit wird bekannt gegeben, daß Herr Baumeister Richard Fischer aus dem hiesigen Stadtverordneten-Kollegium ausgeschieden ist. An seine Stelle ist Herr Baumeister Paul Sohne, wohnhaft in Pulsnitz, Fabrikstraße 3, in das Kollegium eingetreten.

Pulsnitz, am 16. Januar 1928

Der Stadtrat

Mittwoch, den 18. Januar 1928, vorm. 11 Uhr, soll in Pulsnitz, Rest.

„zum Bürgergarten“

1 Herren-Fahrrad (fast neu)

meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Pulsnitz

Das Wichtigste

In Bücklingen wurden bei einer Hochofenexplosion 7 Arbeiter getötet. 10 weitere Personen wurden schwer verletzt.
Die panamerikanische Konferenz wurde mit einer Rede des Präsidenten Coolidge eröffnet.
Gambetta hat seinen zweiten Dauerrekordversuch aufgeben müssen. Er landete nach etwa dreißigminütigem Flug, da sich infolge Regens auf den Tragflächen Eis bildete.

Die Länder konferieren.

An historischer Stätte wurde am Montag früh in der Reichshauptstadt eine Konferenz eröffnet, die wegen der Schwere der Entscheidung, die sie zu treffen hat, geeignet ist, in der deutschen Geschichte einen besonderen Platz einzunehmen. Die Konferenz findet in demselben Räume statt, in dem schon zweimal große politische Tagungen stattfanden: 1878 der bekannte Berliner Kongress und 1918 die „Revolutionkonferenz“. Man hat den Raum für die Konferenz, den Konferenzsaal der Reichskanzlei, für die jetzigen Beratungen besonders herrichten lassen. In ihm sind nunmehr über 100 Personen tätig, um über Probleme Klarheit zu schaffen, die aus der Unterbrechung der deutschen Geschichte durch die Ereignisse von 1918 entstanden sind, und die die Weimarer Verfassung als teilweise unerledigt übrigließ.

Es war ein Zeichen besonderen Mutes, daß sich die Reichsregierung zu dieser Konferenz entschloß. Es war aber auch ein Zeichen dafür, daß sich gewisse Fragen der Staatsform nicht länger hinausschieben lassen, und daß man sie, wenn sie auch nicht gleich endgültig gelöst werden, doch wenigstens zur Erörterung stellen muß. Die Konferenz ist gründlich vorbereitet, und die Vorbereitungszeit wurde dazu benutzt, um schon immer die Meinungen der einzelnen Vertreter kennenzulernen. Die Vorarbeiten haben ferner bereits ergeben, daß sich alle Auffassungen so leicht nicht unter einen Hut werden bringen lassen. Man denke nur an die völlig entgegengesetzten Tendenzen Bayerns und Preußens. Diese Gegensätze zu überbrücken, wird auch diesem Länderkongress nicht gelingen. Wir werden uns überhaupt hüten müssen, allzu große Hoffnungen auf das Ergebnis der Konferenz zu setzen, denn mit einem Male kann der ganze Fragenkomplex bis zur endgültigen Entscheidung nicht durchgearbeitet werden. Die Konferenz wird also nur einen Anfang darstellen können, immerhin aber den Beginn weiterer Verhandlungen, aus denen schließlich doch diese oder jene Entscheidung sich ergeben wird. Es wäre schon viel erreicht, wenn die Länderkonferenz eine gewisse Klärung brächte und die Frage des Reichsbaues, die ja nun doch einmal behandelt werden muß, zur freien Diskussion stände.

Die Reichsregierung ist mit einem bestimmten Programm in die Konferenz gegangen. Die Tagesordnung ist in drei Teile gegliedert. Zunächst wird man sich über die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Reich und Ländern unterhalten, um dann an eine Kernfrage heranzugehen, von deren Lösung außerordentlich viel abhängt: Sparsamkeit in der Finanzpolitik. Aus dieser Frage ergibt sich die dritte von selbst, nämlich die einer Verwaltungsreform im Reich und in den Ländern. Wenn allein in den beiden letzten Fragen etwas erreicht wird, so ist schon viel erreicht worden, denn über allem, was an Tagesfragen uns begegnet, steht doch die Finanzfrage. Die Wirtschaft und die Industrie allein werden die Wiedergesundung der deutschen Finanzverhältnisse nicht herbeiführen können. Auch das Reich wird seinen Fiskusapparat auf die veränderten Finanzverhältnisse von heute einstellen müssen. Was Industrie und Wirtschaft zur Finanzgesundheit tun konnten, ist größtenteils schon getan, aber Reich und Länder fehlen bisher bedauerlicherweise entsprechende Maßnahmen vermissen. Wir schleppen uns heute noch mit einem Verwaltungsapparat herum, der längst nicht mehr den Forderungen der Zeit entspricht, der Unsummen verschlingt, die völlig unproduktiv verwertet werden. Das viele Nebeneinander von Verwaltungen muß beseitigt werden, und man wird es begrüßen können, daß Thüringen z. B. in der Frage zur Übertragung der Steuerverwaltung auf das Reich einen wertvollen Schritt getan hat. In dieser Richtung werden auch andere Länder Möglichkeiten zur Verwaltungsreform und der damit verbundenen Verbilligung der Verwaltung finden müssen.

Die große Länderkonferenz in Berlin

Eröffnung durch eine Ansprache des Reichskanzlers
Hamburgs Bürgermeister hält das erste Referat

Eröffnung der panamerikanischen Konferenz — Störungen im Zentrum gegen Marx — Die russische Opposition will weiter kämpfen — Der „Temps“ zum Rücktritt Geßlers — Dr. Hepp über die Notlage der Landwirtschaft

Berlin. In der Reichskanzlei begann am Montag vormittag die große Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder auf Einladung der Reichsregierung. Die Reichsregierung hat in den Vorbereitungen, die hauptsächlich von dem Staatssekretär der Reichskanzlei, Dr. Pünder, getroffen wurden.

Besondere Karten für diese Konferenz
ausarbeiten lassen, in denen die Enklaven und Exklaven der deutschen Länder, die Kompetenzverwaltung zwischen Reich und Ländern in der Finanzverwaltung und in den Arbeitsämtern aufgezeichnet sind.
Die Beratungen wurden mit einer Ansprache des Reichskanzlers eröffnet, in der als Aufgabe der Konferenz die Erörterung von Verwaltungsmaßnahmen, Beseitigung von Enklaven und Exklaven und die Uebernahme gewisser Verwaltungszweige der Länder durch das Reich hingestellt wurden.

Das Referat des Hamburger Bürgermeisters.
In einem sehr eingehenden Referat behandelte der Hamburger Oberbürgermeister Dr. Peterßen die Frage der Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Reich und Ländern, indem er davon ausging, daß die Weimarer Verfassung den Dualismus der Staatsgewalt in Reich und Ländern verstärkt habe, und zwar besonders dadurch, daß die staatliche Hoheit auf den parlamentarischen Apparat eingestellt sei.
Alle Fehlerquellen hätten ihre Wurzel in dem Weimarer Kompromiß,

das weder nach der unitarischen noch nach der föderativen Seite hin eine Lösung gegeben habe.

In der öffentlichen Meinung Deutschlands sei eine starke Bewegung erkennbar, die den organisch dezentralisierten Einheitsstaat wolle. Bei der Beurteilung der Ansicht dieser Bewegung dürfe nicht verkannt werden, daß der Einheitsstaatsgedanke nichts anderes sei als die Umformung der alten deutschen Sehnsucht nach einer einheitlichen deutschen Nation. Es erhebe ihm Pflicht, nach den Möglichkeiten zu suchen, wie diese öffentliche Meinungsbildung von der Gefahr unsicherer Lösungen befreit werden könne. Als übereinstimmende Ansicht könne er hervorheben: Durchführung des demokratischen Prinzips der Reichsverfassung, auch bei der Einwirkung der Länder auf die Willensbildung des Reiches, Stärkung der Reichsgewalt, Vereinheitlichung der politischen Willensbildung in einem einzigen Reichsparlament und damit Vermehrung der Stetigkeit in der Verwaltung des Reiches und der mittleren und unteren Verwaltungsbezirke, Aufbau lebensfähiger unterer und mittlerer Selbstverwaltungsbetriebe und Verkürzung des Instanzenweges der Zentralregierung mit einer Rationalisierung der Verwaltung, Untergliederung des Reiches in Gebiete, die kulturell und wirtschaftlich voll lebensfähig sind und im Rahmen des Reiches ihr eigenes Leben führen.

Staatspräsident Bazille auf der Länderkonferenz.

Berlin. Gelegentlich der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder führte der Württembergische Staatspräsident Bazille u. a. aus:

„Wenn wir in Deutschland den Wechsel von Revolution und Reaktion vermeiden wollen, der sich seit den Tagen der französischen Revolution bis heute durch die Geschichte Europas zieht, so müssen wir auf der einen Seite der Zeit geben, was ihre Ideen und Bedürfnisse verlangen; aber auf der anderen Seite müssen wir uns vor jeder Ueberstürzung und Ueberspannung hüten. Nur mit großer Sorge kann man sehen, wie in der Frage Reich und Länder mechanische, parteipolitische Gedankengänge sich mit irrigen Auffassungen in der deutschen Wirtschaft verbunden haben, die vielfach wähnt, man könne die Verwaltung eines Reiches ebenso rationalisieren wie die Herstellung und den Vertrieb von Waren. Wenn auch kein Zweifel darüber ist,

daß die Verwaltung in Deutschland zweckmäßiger und billiger gestaltet werden kann, so ist doch auf der anderen Seite sicher, daß das Problem Reich und Land zwar eine finanz- und wirtschaftspolitische Seite hat, aber im wesentlichen doch ein Problem der allgemeinen Politik ist, in der das Seelenleben der Völker, das sich nicht rationalisieren läßt, letzten Endes entscheidet; denn die Eigenart der Nationen ist die wichtigste Kraft in der Geschichte der Menschheit.

Der Redner besprach dann eingehend die fundamentalen Grundsätze der Bismarckschen Verfassung.

Das Verlassen der Bismarckschen Grundsätze habe nachstehende Folgen gezeitigt. 1. Deutschland zeigt ein Bild der Zerrissenheit, des ewigen Parteistampfes. 2. Zwischen dem Reich und Preußen ist ein Dualismus mit all seinen unerfreulichen und schädlichen Folgen entstanden. 3. Das Eigenleben der Länder ist ausgehöhlt, die beständigen Verfassungskonflikte erschweren die verständnisvolle Zusammenarbeit. 4. An die Stelle sorgfältiger staatsmännischer Ueberlegungen sind die von der Erfahrung und Weisheit der Jahrhunderte nicht kontrollierbaren Impulse der Parteien und Wählermassen getreten. 5. Die öffentlichen Ausgaben werden in der freigebigsten Weise erfüllt, um bald diese bald jene Klasse der Wähler zufriedenzustellen. 6. Auf dem Gebiete des Finanzwesens haben sich geradezu groteske Zustände entwickelt. Das Reich wälzt die Ausgaben, die es ihrer inneren Natur nach selbst tragen muß, die Kleinrentnerfürsorge und Soziallasten, auf die Länder und Gemeinden ab. Wichtige Steuern dagegen, die für die Länder und Gemeinden ganz unentbehrlich waren und sind, vor allem die Einkommensteuer, nimmt es in die eigene Gesetzgebung und Verwaltung und überweist dann von ihrem Ertrag den größeren Teil den Ländern und Gemeinden mit dem Verlangen, damit auszukommen, obwohl den Organen des Reiches jeder ausreichende Einblick in die Finanzgebarung der Länder und Gemeinden fehlt.

Die Vorschläge der Reichsregierung.

Die Vorschläge der Reichsregierung erstrecken sich vor allem in drei Richtungen. Die Reichsregierung wird ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck bringen, den Ländern, die die Last der Verwaltung allein nicht mehr tragen können, eine Hilfe dadurch zu gewähren, daß sie, falls das von den Ländern gewünscht wird, einzelne Verwaltungszweige übernimmt. Der Anfang ist zwischen dem Reich und Thüringen gemacht. Hier finden Verhandlungen wegen der Uebernahme eines Teils der Steuerverwaltung auf die Reichsfinanzverwaltung statt. Dieser Gedanke braucht sich nach Ansicht der Reichsregierung nicht allein auf die Organe der Finanzverwaltung zu begrenzen, sondern er läßt sich auch noch auf andere Verwaltungszweige erstrecken. Des weiteren wird die Reichsregierung Vorschläge hinsichtlich der Beseitigung der Enklaven und Exklaven machen, und schließlich sollen bestimmte Sparsamkeitsmaßnahmen vorgeschlagen werden.

Coolidges Eröffnungsrede auf der panamerikanischen Konferenz.

Goldene Worte, aber die Latenz?

New York. Die panamerikanische Konferenz in Havana wurde mit einer Rede des Präsidenten Coolidge eröffnet, in der er ausführte:

„Die Prinzipien der Menschenrechte haben in Amerika tief Wurzel geschlagen. Wir bekennen uns zum Prinzip, daß die Völker besser imstande sind, sich selbst zu regieren, als sich von anderen regieren zu lassen. Wir bekennen uns mit Annahme der Anerkennung des Prinzips der Selbstregierung zur Politik des Friedens. Amerikas Völker stellen

